

Weitere Anträge auf Änderung / Erweiterung der TO werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg über die vorliegenden TO unter Berücksichtigung der Erweiterung um TOP 1.1) abstimmen lassen kann:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

BM Herr Hasenberg verweist auf eine neue Fassung des § 5 „Dienstleistungsvertrag Lichtburg“ (zu TOP 11) , die zuvor an alle RM ausgegeben wurde.

In der Zeit von 17.50 Uhr bis 18.00 Uhr und von 20.35 Uhr bis 20.50 Uhr wird eine Sitzungspause eingelegt.

Ende der Sitzung: 21.10 Uhr

Hasenberg
Bürgermeister

Pfitzner
Schriftführer

Hinweis :

Die Haushaltsrede des BM liegt diesem Protokoll als Anlage gesondert bei.

- R – 4 / 1.1 – 16.10.2008 -

Erlass einer Resolution „Gegen rechtsextreme Aktivitäten in Wetter (Ruhr)“

Drucksache Nr.

RM Herr Fiolka begründet den von den Fraktionen des Rates gemeinsam erarbeiteten Resolutionstext, trägt Änderungen gegenüber dem ursprünglich erarbeiteten Text vor und bittet BM Herrn Hasenberg, die Resolution durch den Rat verabschieden zu lassen.

Nach kurzer Diskussion lässt BM Herr Hasenberg über den nachstehenden Text beschließen :

Resolution des Rates der Stadt Wetter(Ruhr)

„Gegen rechtsextreme Aktivitäten in Wetter (Ruhr)“

Die Ankündigung der NPD, bei der Kommunalwahl 2009 auch in Wetter anzutreten sowie das von ihnen verteilte Pamphlet gegen ausländischen Mitbürger schrecken alle Demokraten auf. Der Rat der Stadt Wetter(Ruhr) bekräftigt daher sein Nein aller demokratischen Kräfte gegen jedwede rechtsextreme Aktivität. Nie wieder darf in unserer Stadt, nie wieder darf in Deutschland Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Behindertenfeindlichkeit, Fremdenhass und Antisemitismus zugelassen werden.

Wir bekennen uns zu einer demokratischen, pluralistischen und offenen Gesellschaft. Wir wollen die Stärkung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft und wenden uns gegen jedwede Form von Fremdenfeindlichkeit. Der Rat verurteilt alle Bestrebungen, demokratische Grundsätze und Grundlagen eines friedlichen Miteinanders zu missachten. Wir leben in einer weltoffenen und toleranten Stadt, in der für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Geschichtsreversionismus kein Platz ist.

Wir bedauern daher, dass es der NPD bisher gelungen ist, einem Verbot zu entgehen, so dass sie trotz ihrer undemokratischen und rassistischen Aussagen den rechtsstaatlichen Schutz einer demokratischen Partei genießt, den wir so lange zu respektieren gezwungen sind. Innerhalb dieses Rahmens wird die Verwaltung dazu aufgefordert, alle rechtlichen und formalen Möglichkeiten zu nutzen, Rechtsextremisten jede Darstellungsplattform zu entziehen.

Aktuell muss, erneut und verstärkt , darauf hingewirkt werden, dass Kinder und Jugendliche gegenüber rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut aufgeklärt werden.

Der Rat fordert daher alle Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Kirchen, Vereine, Organisationen, Parteien und Unternehmen auf, Zivilcourage zu zeigen und wachsam allen rechtsextremen Versuchen, die Fundamente unserer Demokratie, die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten zu beschädigen, entgegenzuwirken.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

- R – 4 / 2. – 16.10.2008 -

Ersatzwahl von Ausschussmitgliedern

Bestellung von Ausschussmitgliedern gem. § 58 Abs. 1 Satz 8 GO NRW

Drucksache Nr.

BM Herr Hasenberg teilt mit, dass Herr Papendick aus dem Stadtgebiet verzogen sei. Durch diesen Umzug habe Herr Papendick seine stellvertretende Mandate im UVA und SBA verloren.

Beschluss :

1. Es wird beschlossen,

- a) Frau Elisabeth Gerlach für die **CDU-Fraktion** als ordentliches Mitglied in den Schul-, Sport- und Kulturausschuss zu wählen.
Die bisherigen stellvertretenden Mitglieder für RM Nr. 2. und 3. rücken auf die Nr. 1. und 2. nach.
- b) Herrn Wilfried Konietzko für die **BFW-Fraktion** als stellvertretendes Mitglied in den Schul-, Sport- und Kulturausschuss (1. Stellvertreterstelle für SB) zu wählen.
Die bisherigen stellvertretenden Mitglieder für SB Nr. 1. bis 6. rücken auf die Nr. 2. bis 7.

2. Gemäß § 58 Abs. 1 Satz 8 GO NRW werden mit beratender Stimme bestellt :

für die FDP-Fraktion in den

Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung :

Florian Stuckenholtz

Stellv.: bisherige Stv. der FDP Nr. 2. - 4. werden 1. - 3.

Umwelt- und Verkehrsausschuss :

André Menninger

Stellv.: bisherige Stv. der FDP Nr. 1. – 4.

für die UWW-Fraktion in den

Hauptausschuss :

Gerd Michaelis Stellv.: 1. Manfred Schäfer

2. Dr. Hans-Martin Kyri

Rechnungsprüfungsausschuss :

Gerd Michaelis Stellv.: 1. Manfred Schäfer

2. Dr. Hans-Martin Kyri

Schul-, Sport- und Kulturausschuss :

Manfred Schäfer Stellv.: 1. Thorsten Michaelis

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

- R – 4 / 3. – 16.10.2008 -
Antrag der FDP-Fraktion vom 19.08.2008
hier: Sachstandsbericht „Zukunft der Sparkassen“
Drucksache Nr.

BM Herr Hasenberg begrüßt Herrn Becke, Vorstand der Stadtsparkasse Wetter (Ruhr), und Frau Berndt, Mitarbeiterin der Stadtsparkasse.

Herr Becke berichtet über die Entwicklung bei der WestLB (Beihilfeverfahren) und erläutert den aktuellen Diskussionsstand zum neuen Sparkassengesetz (Position der 5 Spitzenverbände).

Anschließend beantwortet er die von den RM gestellten Fragen.

Auf die Frage von RM Herrn Stracke, ob durch die Änderung des Sparkassengesetzes ein verstärktes ministerielles Eingriffs- und Aufsichtsrecht in die kommunale Selbstverwaltung gegeben sei, erklärt Herr Becke, dass er die Beantwortung dem Protokoll beifügen werde (Anlage zu diesem TOP, Seiten 1 – 4).

Abschließend bedankt sich BM Herr Hasenberg bei den Herrn Becke für den Vortrag und bei Frau Berndt für die technische Unterstützung.

- R – 4 / 4. – 16.10.2008 -

Resolution zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung aufsichtsrechtlicher, insbesondere sparkassenrechtlicher Vorschriften
Drucksache Nr.

Während der Diskussion werden die nachstehenden Anträge gestellt.

Namens der FDP-Fraktion erklärt RM Frau Hülshoff zunächst von der Verabschiedung der Resolution abzusehen und über den nachstehenden FDP-Antrag zu entscheiden:

„Der Rat der Stadt Wetter (Ruhr) bittet die Landesregierung dringend darum, die Novellierung des Sparkassengesetzes NRW so lange nicht weiter zu betreiben, bis die Zukunft der WestLB endgültig gesichert ist.“

RM Herr Uebelgünn beantragt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN, den Abs. 2 der Resolution wie folgt zu fassen :

„Der Entwurf des neuen Sparkassengesetzes enthält Regelungen, mit denen erfolgreiche Sparkassenarbeit in Zukunft gefährdet wird. Dies gilt insbesondere für den gesetzlichen Finanzverbund mit der WestLB AG.“

RM Herr Michaelis erklärt, dass sich die UWW-Fraktion dem Antrag der GRÜNEN anschließen werde.

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion :

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	10	Stimmen
	dagegen	35	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN :

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	8	Stimmen
	dagegen	36	Stimmen
		2	Stimmenthaltungen

Abschließend wird folgende Resolution auf Grund der Empfehlung des Hauptausschusses beschlossen :

„Der Rat der Stadt Wetter (Ruhr) beschließt die nachstehende Resolution:

RESOLUTION

Selbständige kommunale Sparkassen sind in ihrer öffentlich-rechtlichen Struktur ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Kreditwirtschaft. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob die Sparkassen auch künftig ihren öffentlichen Auftrag wie gewohnt erfüllen und nachhaltig für die Menschen und die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen in ihrer Region Verantwortung übernehmen können.

Der Entwurf des neuen Sparkassengesetzes enthält Regelungen, mit denen erfolgreiche Sparkassenarbeit in Zukunft gefährdet wird. Dies gilt insbesondere für die Einführung von Trägerkapital, den gesetzlichen Finanzverbund mit der WestLB AG und die beliebige Verwendung von ausgeschütteten Gewinnen in kommunalen Haushalten.

Der Rat der Stadt Wetter (Ruhr) fordert die Landesregierung auf, im Interesse der mittelständischen Wirtschaft, der schwächeren Bevölkerungsgruppen, der Vereine, sozialer Einrichtungen und der Mitarbeiter/innen von dieser Regelung Abstand zu nehmen und bittet die Abgeordneten des Landtags, das Gesetz in dieser Form nicht zu verabschieden.“

Abstimmungsergebnis :

dafür	24	Stimmen
dagegen	19	Stimmen
	3	Stimmenthaltungen

- R – 4 / 5. – 16.10.2008 -

Genehmigung des Haushaltes 2008 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes
2008 bis 2014

- Drucksache Nr.

RM Herr Dobersch stellt für die CDU-Fraktion einen Antrag zu den Transferaufwendungen im Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Der Antrag liegt diesem TOP als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis :

dafür	23	Stimmen
dagegen	23	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss :

Die Verfügungen des Landrates des Ennepe-Ruhr-Kreises zur Haushaltssatzung, zum Haushaltsplan und zum Haushaltssicherungskonzept sowie zum Stellenplan werden zur Kenntnis genommen.

Eine Abstimmung ist nicht erforderlich.

FBL Herr Wagener erklärt auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, dass das Personalwirtschaftskonzept im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgelegt werde.

- R – 4 / 6. – 16.10.2008 -
Entwurf der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008
- Drucksache Nr.

Beschluss :

Der Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Wetter (Ruhr) wird zur Kenntnis genommen und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

- R – 4 / 7. – 16.10.2008 -
Zweitwohnungsteuer für die Stadt Wetter (Ruhr)
- Drucksache Nr.

Zur Anfrage der CDU im Hauptausschuss teilt FBL Herr Wagener mit, dass seitens der Verwaltung 1.240 Personen angeschrieben worden seien; der Rücklauf stehe noch überwiegend aus.

FBL Herr Wagener sagt der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zu, dem Protokoll eine Information zur Prognose des Haushaltsansatzes und zum Aufwand der Verwaltung beizufügen.

Hinweis der Verwaltung :

Der mengenmäßige Personalaufwand beträgt aktuell rd. 80 Stunden.

Beschluss :

Es wird beschlossen, die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungsteuer in der Stadt Wetter (Ruhr) - Zweitwohnungsteuersatzung - zu erlassen.

Abstimmungsergebnis :

dafür	41	Stimmen
dagegen	4	Stimme
	1	Stimmenthaltung

- R – 4 / 8. – 16.10.2008 -

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen
durch den Bürgermeister
Drucksache Nr.

Gem. § 80 Abs. 2 GO NRW leitet BM Herr Hasenberg dem Rat den Entwurf der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen zu.

In seiner Haushaltsrede erläutert er die wichtigsten Teile des eingebrachten Entwurfes. Am Ende seiner Ausführungen teilt er mit, dass seine Haushaltsrede dem Protokoll beigelegt werde.

Beschluss :

Es wird beschlossen, den Entwurf der Haushaltssatzung 2009 mit ihren Anlagen den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis : einstimmig

Anmerkung :

Die RM Frau Arntzen, Herr Diekmann, Herr Schäfer und Herr Stracke haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

RM Frau Haltaufderheide stellt für die GRÜNEN fest, dass der BM nach seiner Einbringung des Haushalts den Fraktionen das Wort zu diesem TOP verweigert.

BM Herr Hasenberg erklärt, dass der Beschluss zur Weiterleitung an die Fachausschüsse gefasst sei und er keine Notwendigkeit einer weiteren Diskussion sehe.

Eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von RM Frau Stich für die SPD-Fraktion auf Beendigung der Debatte erübrigt sich, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Anmerkung .

Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung wird der Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept 2009 – 2014 an alle RM verteilt.

- R – 4 / 9. – 16.10.2008 -
Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Wetter (Ruhr)
- Drucksache Nr. _____

RM Herr Uebelgünn gibt für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN eine Protokollerklärung, die diesen TOP als Anlage beigefügt ist, ab.

Beschluss :

Der Rat der Stadt beschließt die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Wetter (Ruhr) vom _____ , wie sie als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist, zu erlassen.

Abstimmungsergebnis :

dafür	37	Stimmen
dagegen	5	Stimmen
	3	Stimmenthaltungen

Auf Befragen der GRÜNEN, inwieweit das Rechnungsprüfungsamt dem Rat der Stadt Wetter unterstellt sei, erklärt Frau Althaus, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, dass nach § 2 Abs. 5 der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung das Rechnungsprüfungsamt den Räten der Beteiligten unmittelbar verantwortlich und in seiner sachlichen Tätigkeit ihnen unmittelbar unterstellt sei, soweit die Prüfungsaufgaben für die betreffende Stadt durchgeführt werden.

- R – 4 / 10. – 16.10.2008 -
Feuerschutz
Einführung digitaler Funkkommunikation
Drucksache Nr.

Beschluss :

Der Bereitstellung von 65.000 € im Wege einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Beschaffung von digitalen Funkmeldeempfängern (FME) für das Haushaltsjahr 2009 wird zugestimmt.

Der Bereitstellung von 149.000 € im Wege einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Beschaffung von digitalen Funkendgeräten (Fahrzeuge und tragbar) für das Haushaltsjahr 2009 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, dem Ennepe-Ruhr-Kreis die Kosten für die zentrale Beschaffung und Bewirtschaftung der digitalen FME sowie der Funkendgeräte unter Zugrundelegung der angemeldeten Stückzahlen zu erstatten.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

Hinweis :

Das RM Frau Haltaufderheide hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

- R – 4 / 11. – 16.10.2008 -

Dienstleistungsvertrag mit der Lichtburg über Kulturveranstaltungen
(bisher: Rahmenvertrag „Kulturdienstleistung“ zwischen der Stadt Wetter (Ruhr)
und dem Unabhängigen Kulturzentrum Lichtburg e.V.)

- Drucksache Nr.

BM Herr Hasenberg berichtet über die nach der Sitzung des Hauptausschusses geführten Gespräche mit der Lichtburg. Ergebnis sei eine Ergänzung des § 5, die vor dieser Sitzung allen RM vorgelegt worden sei.

Auf die Frage der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, wie die Verhandlungen zu ihren Anregungen aus dem Hauptausschuss zum Leistungsspektrum (§ 2) ausgegangen seien, erklärt BM Herr Hasenberg, dass diese nicht weiter verfolgt worden seien, da bereits im Hauptausschuss abzusehen gewesen sei, dass diese Vorschläge keine Mehrheit finden.

RM Herr Dobersch beantragt namens der CDU-Fraktion, in die Ergänzung des § 5 nach „Kaiserstraße 97“ die Worte „für eine Gestaltung des Kinoprogramms“ einzufügen.

Auf Befragen des RM Herrn Lang, Bündnis 90/Die GRÜNEN, ob die Leistungen des Dienstleistungsvertrages hätten ausgeschrieben werden müssen und ob die Stadt innerhalb der Haushaltssicherung eine solche langfristige Festlegung freiwilliger Leistungen eingehen dürfe, erklärt Frau Althaus, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, dass sie die notwendigen Gespräche mit der Verwaltung geführt habe und jetzt, wie im Fachausschuss, keine weitere Erklärung abgeben werde.

Nach Beendigung des Diskussion lässt BM Herr Hasenberg folgenden **Beschluss** fassen :

Es wird beschlossen, den Rahmenvertrag „Kulturdienstleistung“ (Anlage 1), den „Vertrag über die Durchführung klassischer Konzerte“ (Anlage 2) und den „Vertrag über einen Zuschuss bei der Bewirtschaftung des Stadtsaales“ (Anlage 3) mit dem Unabhängigen Kulturzentrum Lichtburg e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis :

dafür	36	Stimmen
dagegen	7	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

Anmerkung :

Das RM Frau Wolf-Labrenz hat wegen § 31 GO NRW an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Das RM Frau Haltaufderheide hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- R – 4 / 12. – 16.10.2008 -
Einzelhandelskonzept der Stadt Wetter (Ruhr)
hier: Beschluss zum Einzelhandelskonzept
- Drucksache Nr.

Beschluss :

1. Das vorliegende Einzelhandelskonzept der Stadt Wetter (Ruhr) wird als konzeptionelle Grundlage der Einzelhandelsentwicklung in Wetter (Ruhr) für den Zeitraum bis 2020 beschlossen und stellt ein Entwicklungskonzept im Sinne des Baugesetzbuches dar.
2. Die wetteraner Sortimentsliste (Anlage 1 der Vorlage), die die zentrenrelevanten, nahversorgungsrelevanten und nicht-zentrenrelevanten Sortimente stadtbezogen definiert, wird als wichtiges Instrumentarium zur Steuerung des Einzelhandels insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung beschlossen.
3. Die Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche im wetteraner Stadtgebiet erfolgt im Rahmen des Einzelhandelskonzeptes für Wetter (Ruhr) für das Hauptversorgungszentrum Innenstadt Wetter, Nahversorgungszentrum Königstraße, Nahversorgungszentren Volmarstein und Grundschöttel, Nahversorgungszentrum Wengern gemäß der beiliegenden Planunterlagen (Anlage 2 der Vorlage).

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

Anmerkung :

Das RM Herr Fröhning hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

- R – 4 / 13. – 16.10.2008 -

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 8 der Stadt Wetter (Ruhr)

„ESV-Wohnheim Grundschötteler Straße“

hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch und Beschluss, das

Verfahren zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes einzuleiten

- Drucksache Nr.

Beschluss :

Es wird beschlossen, für den im beigefügten Lageplan gekennzeichneten Bereich an der Grundschötteler Straße den vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 8 der Stadt Wetter (Ruhr) „ESV-Wohnheim Grundschötteler Straße“ aufzustellen und parallel das Verfahren zur erforderlichen 1. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

Abstimmungsergebnis :

dafür	32	Stimmen
dagegen	13	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

- R – 4 / 14. – 16.10.2008 -

Kostenbeitrag zur Förderung von Kindern in Tagespflege (§ 23 SGB VIII)

- Drucksache Nr.

Beschluss :

Die Fortschreibung der bestehenden Richtlinien der Stadt Wetter (Ruhr) für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen in der Jugendhilfe im Bereich der Heranziehung zu den Kosten der Förderung von Kindern in Tagespflege und der Erweiterung der Satzung über die Erhebung der Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder wird entsprechend der Anlagen 1 und 2 der Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

RM Herr Fiolka berichtet über die letzte Sitzung des **VHS Zweckverbandes**. Er zeigt insbesondere die Personalsituation hinsichtlich der VHS-Leitung auf. Abschließend teilt er mit, dass am 22.10.2008 eine außerordentliche Verbandsversammlung zur Personalsituation stattfindet.

Für die Stadt sei ebenso wichtig, dass nicht beabsichtigt sei, die Budgetierung langfristig zu verändern.

RM Frau Hülshoff regt an, die neue VHS-Leitung zu bitten, in der nächsten Sitzung des Fachausschusses über die Situation der VHS berichten zu lassen. RM Herr Fiolka, gleichzeitig Vorsitzender des Schul-, Sport- und Kulturausschusses erklärt, dass er dieses auch vorgesehen habe.

RM Herr Lange berichtet aus der letzten Sitzung der **EN-Agentur** und zeigt notwendige Änderungen des Gesellschaftervertrages auf.

Des Weiteren habe eine Sitzung der **Lenkungsgruppe Ruhrtal** stattgefunden. Hier besteht Einvernehmen, Herrn Schott, der bisher über Konzepte, Maßnahmen u.a. aus diesem Gremium berichtet hat, Anfang 2009 zu bitten, dem Rat der Stadt Wetter (Ruhr) die neuesten Informationen zu geben.

BM Herr Hasenberg teilt mit, dass die für den 11.11.2008 vorgesehene Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses auf den 25.11.2008 verlegt worden sei.

1. Auf den Hinweis von RM Herrn Steuer, dass das städtische Gelände an der Karlstraße (Torhausgrundstücke) stark verunkrautet sei, erklärt FBL Herr Sell, dass er sich darum kümmern werde.
2. Auf die Frage von RM Frau Haltaufderheide zum Thema „Am Stork“ erklärt FBL Herr Sell, dass die Gutachten zwischenzeitlich vorliegen, jedoch insbesondere das Verkehrsgutachten noch ausgewertet werden müsse. Eine Bürgerversammlung sei für Anfang Dezember vorgesehen.
3. Auf die weitere Anfrage von RM Frau Haltaufderheide, warum die zwei Linden im Bereich der neuen Seniorenresidenz gefällt worden seien, erklärt FBL Herr Sell, dass das Wurzelwerk die Plattierung stark beeinträchtigt habe. Wo die Ersatzbepflanzung vorgenommen worden sei, wisse er nicht.
4. Auf die Frage von RM Herrn Michaelis, warum der BM seinen Brief zum Thema Freibad noch nicht beantwortet habe, erklärt BM Herr Hasenberg, dass der Brief wegen seines Urlaubs nicht beantwortet werden konnte. Er habe die Antwort jedoch zwischenzeitlich unterschrieben, der Antwortbrief sei an ihn auf dem Postwege.
5. RM Frau Hülshoff fragt nach den Erdbewegungen auf dem Grundstück von Schaeven an der Ruhrstraße. FBL Herr Sell teilt mit, dass die Fa. von Schaeven mit dem Bau der neuen Produktionshalle begonnen habe. Die LKW- Zu- und Abfahrt erfolge auch künftig im Bereich des Distributionszentrums der Demag und werde nicht verlegt. Auf die ergänzende Frage hinsichtlich der Veräußerung der Torhausgrundstücke teilt FBL Herr Sell mit, dass sich keine Interessenten gemeldet haben.
6. RM Herr Lang fragt zum Internetauftritt der Stadt nach,
 - a) warum das Haushaltssicherungskonzept noch nicht eingestellt worden sei,
 - b) warum die Protokolle teilweise unvollständig erschienen und
 - c) wann der Entwurf des Haushalts 2009 aufgenommen werde.

FBL Herr Wagener erklärt zu a), dass die Aufnahme des Haushaltssicherungskonzeptes nachgeholt werde. Zu c) teilt er mit, dass bezüglich des Haushalts 2008 / Haushaltsentwurfs 2009 Prioritäten gesetzt worden seien. Die Stadt habe sich entschlossen, zunächst den Haushalt 2008 ins Netz zu stellen; die Aufnahme des Entwurfs 2009 werde nach der Einbringung in den Rat erfolgen.

Herr Oberfell erklärt zu b), dass vom Sitzungsdienst derzeit ca. 90 % ins Internet gestellt werde. Probleme bereiten jedoch die externen Anhänge, die der Stadt oftmals nicht in aufbereiteter Form vorliegen, um übernommen werden zu können.

7. RM Frau Stich fragt nach, in welchen Wahllokalen die Kandidaten auf Grund der Änderung des Kommunalwahlgesetzes noch eingesetzt werden dürfen. Die Verwaltung sagt zu, die Anfrage im Protokoll zu beantworten.

Hinweis der Verwaltung zu Ziffer 7) :

Gem. § 2 Abs. 7 KWahlG dürfen „Wahlbewerber nicht Mitglied eines Wahlvorstandes in dem Wahlbezirk sein, in dem sie aufgestellt sind (Wahlbezirksbewerber) oder ihre Wohnung haben (auf Reservelisten aufgestellte Bewerber).“

- Beispiele: Direktkandidat/in :**
- a) Kandidatur und Wohnsitz im WB 100
Folge: Kein Einsatz im Wahllokal 100

 - b) Kandidatur im WB 100 / Wohnsitz im WB 200
Folge: Kandidat/in kann in den beiden Wahllokalen der WB 100 und 200 nicht eingesetzt werden.

Reservelistenkandidaten dürfen in dem Wahlbezirk, in dem sie ihre Wohnung haben (z.B. 100), **nicht** eingesetzt werden,
In den anderen WB 200 bis 1600 kann der ehrenamtliche Einsatz erfolgen.

8. RM Herr Stracke kommt auf das Fällen der Linden vor der Seniorenresidenz zurück. Sie seien, wie soeben von der Verwaltung mitgeteilt, gefällt worden, weil das Wurzelwerk die Gehwegplattierung angehoben habe.
Diese Situation gebe es schon seit langem in der Schöntaler Straße.
Auf die Frage, wann in diesem Bereich mit einer Sanierung gerechnet werden könne, entgegnet FBL Herr Sell, dass das Baumerneuerungskonzept an der Schöntaler Straße ab 2009 geplant sei; vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen habe die Verwaltung den 1. Bauabschnitt für 2009 vorgesehen.

9. RM Frau Arntzen fragt an, ob Anträge von Fraktionen auch auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden können. Herr Oberfell erklärt, dass dieses nur möglich sei, wenn die Anträge elektronisch von den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Auf die weitere Frage von RM Frau Arntzen, wann die Straße nach Herdecke erneuert werde, erklärt FBL Herr Sell, dass die Vollsperrung ab Ende Oktober / Anfang November für die Dauer von 4 / 5 Wochen vorgesehen sei.

10. Auf die Frage von RM Herrn Diekmann nach der Erneuerung der Grundschtötteler Straße teilt FBL Herr Sell mit, dass nach seiner Kenntnis die Straße wieder so hergerichtet werde, wie sie war ohne den Bürgersteig weiter auszubauen.
Die Maßnahme laufe unter der Regie des Landesbetriebes Straßenbau.